Zum Beispiel Iran

Christenverfolgung in der Islamischen Republik von *Wahied Wahdat-Hagh*

Die Islamische Republik Iran ist eine islamistische Diktatur. Dennoch sind im Islamischen Versammlungsrat – so nennt sich das iranische Pseudo-Parlament – anerkannte religiöse Minderheiten vertreten. Sogar Präsident Ahmadinejad zeigt sich gerne mit Vertretern religiöser Minderheiten, wie jüngst am 2. Oktober 2008. Und er beteuert, dass die »religiösen Minderheiten untrennbare Teile der großen und einheitlichen iranischen Familie« seien.^[1]

Staatliche Ideologie und reale Verhältnisse sind jedoch alles andere als deckungsgleich. Dabei ist die Geschichte des iranischen Christentums alt. Die ersten Christen missionierten in Iran bereits zur »hellenistischen« Zeit der Parther-Dynastie bis rund 200 Jahre nach Christus. In der Partherzeit vermischten sich iranische, babylonische, syrische und griechische Kulturelemente. Auch die Einflüsse des neu aufkommenden Christentums wuchsen und trugen zu einer kulturellen Vielfalt bei.^[2] Tausende Iraner nahmen das Christentum an, wobei der Zoroastrismus die dominante iranische Religion blieb. Es gab nie eine eigenständige iranische Kirche, die Christen folgten meist den assyrischen Kirchen.

Heute setzen sich die iranischen Christen aus der ethnischen Gruppe der Armenier zusammen, die zum größten Teil – auch Apotaktiken genannte – Apostoliker sind, sowie aus kleineren Gruppen von Protestanten und Katholiken. Hinzu kommen die Assyrer und Chaldäer. Alle drei ethnischen Gruppen haben lange Traditionen in der iranischen Geschichte. Zudem

wächst das Christentum in Iran durch eine neue Hauskirchen-Bewegung.

Armenische Christen in Iran

Schon die alten Griechen berichten über die Armenier, die 500 Jahre v. Chr. in der Umgebung des Berges Ararat in Ostanatolien lebten. 800 Jahre später, wohl 314 n. Chr., wurde die armenisch-apostolische Kirche gegründet. Laut dem International Religious Freedom Report 2007, der sich auf UN-Statistiken stützt, leben in Iran rund 300 000 Christen, die meisten von ihnen Armenier.^[3]

Armenier und Chaldäer sind ethnisch-religiöse Gemeinschaften, die eine ethnisch-nationale und christliche Identität haben. Unter den armenischen Christen gibt es auch Katholiken und Protestanten. Über Jahrhunderte hinweg sind sie eine geschlossene Gesellschaft geblieben, gingen kaum Mischehen ein und heirateten allenfalls Katholiken oder Protestanten, Muslime dagegen kaum. Sie verstehen sich als eine heimische religiöse Gruppe und distanzieren sich deutlich von den »westlichen« Christen.

Armenische Frauen müssen in armenischen Schulen und Kirchen die islamische Kleiderordnung berücksichtigen. Ein armenisches Zentrum in Teheran wurde im Jahr 1990 allein deswegen geschlossen, weil armenische Frauen innerhalb der Räumlichkeiten des Zentrums die islamischen Kleidungsvorschriften nicht eingehalten hatten. Jedoch dürfen die Armenier des 24. April 1915 gedenken, also des »Völkermords an den Armeniern«. Als im Jahre 1992 armenische Demonstranten mit Bildern von Khomeini, Khamenei und Rafsanjani durch die Straßen Teherans marschierten, mahnten sie an diesen Genozid unter den Jungtürken. Und auch das islamische Regime konnte aus dieser Demonstration ideologischen

Nutzen ziehen, schließlich ging es gegen die »säkulare islamische Türkei«.

Die Politologin Eliz Sanasarian spricht in dem Zusammenhang sogar von einer »separatistischen« armenischen Identität, die nationale armenische Interessen verfolgt, insbesondere seit der Unabhängigkeit Armeniens im September 1991.

Chaldäische und assyrische Christen

Die chaldäischen und assyrischen Christen zählen zu den schismatischen Bewegungen, die sich von der ostsyrisch-nestorianischen Kirche getrennt haben; im gegenwärtigen Iran betonen sowohl die chaldäischen wie auch die assyrischen Christen ihre religiöse Eigenständigkeit.

Die unterschiedlichen Identitäten prägen sich in der iranischen Wirklichkeit so weit aus, dass Assyrer und Chaldäer 1979 eine jeweils eigene Vertretung im islamistischen »Parlament« durchsetzen wollten. Nachdem die Assyrer mit den Chaldäern einen gemeinsamen und nur die Armenier einen eigenen Vertreter bekamen, protestierten die beiden Ersteren, jedoch vergebens. Trotz aller Differenzen wurden die Assyrer und Chaldäer als eine ethnisch-religiöse Einheit betrachtet und die Armenier als die zweite ethnische Gruppe.

Die Anzahl der assyrischen Christen wird laut International Religious Freedom Report 2007 auf 10 000 bis 20 000 geschätzt. Wobei diese Angaben ungenau sind, da viele ihren Glauben heimlich leben und somit nicht gezählt werden können. Eliz Sanasarian ist der Meinung, dass ihre Zahl in der Mitte der 1970er Jahre noch rund 30 000 betrug.

Anders als die Evangelikalen distanzieren sich die ethnischen Armenier, Assyrer und Chaldäer von Muslimen, die sich für das Christentum interessieren. Ihre Kirchen lassen Proselytismus nicht zu. Dies ändert jedoch nichts daran, dass sie

rechtlich einen untergeordneten Status besitzen, besonders weil ihre Anhänger in Bezug auf Bildung und Arbeit systematisch diskriminiert werden.

Dem staatlichen Zensus Irans von 1996 zufolge lebten im gesamten Iran lediglich 79 000 Christen.^[4] Die Unterschiede in den Angaben können daran liegen, dass eine unbekannte Zahl von Christen ausgewandert ist. Tatsächlich heißt es im Länderbericht Iran des US-Kongresses aus dem Jahr 2008, dass seit Anfang 2000 rund 15 000 bis 20 000 Christen jährlich Iran verlassen würden.^[5] Bei solchen Zahlen handelt es sicher um Schätzungen.

Missionarische Christen

Die neu zum Christentum übergetretenen Iraner, deren Zahl unklar ist, aber auf einige Zehntausend geschätzt wird, haben keine Lobby im iranischen *Majless*, dem Parlament. Was nicht bedeutet, dass es sie nicht gibt. Tatsächlich wird seit Jahrhunderten in Iran missioniert. Bereits unter Shah Abbas (1588–1629) entsandte die römisch-katholische Kirche offiziell Missionare nach Iran, darunter die Karmeliter, die sich in Isfahan ansiedelten. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts gründeten die christlichen Missionare Eliteschulen, die kein Geringerer als Schah Reza Pahlavi wieder schließen ließ.

Im Zuge der Nationalisierungspolitik wurde 1951 ein anglikanisches Krankenhaus auf Befehl von Ministerpräsident Mossadegh geschlossen. Die amerikanisch-presbyterianische Kirche schloss daraufhin von sich aus sieben Krankenhäuser, die im Norden Irans von Missionaren geleitet wurden. Man warf deren christlichen Verwaltern vor, vom Ausland gesteuert zu werden. Zwar wurde das anglikanische Krankenhaus nach dem Fall Mossadeghs wiedereröffnet, aber der Vorwurf der ausländischen Einflussnahme via Missionierung blieb

bestehen. Man wollte den humanitären Charakter der medizinischen Fürsorge nicht erkennen. Die christlichen Institutionen waren zur Zielscheibe für muslimische Fanatiker und sogar des SAVAK, des iranischen Geheimdienstes, geworden, der alle christlichen Aktivitäten intensiv beobachtete.^[6] Nach der islamischen Revolution von 1979 setzte der neue Geheimdienst ähnlich Praktiken fort.

Ungleichheit im Gesetz

Die Ungleichheit anerkannter religiöser Minderheiten ist gesetzlich untermauert. Zoroastrier, Juden und Christen gelten wie alle Nicht-Muslime in der *Dar al-Islam*, im islamischen Herrschaftsgebiet, als »Ungläubige«.^[7] Als »Schriftbesitzer« haben sie allerdings den Status von *dhimmīs*, also von »Schutzbefohlenen«. Gemäß dem klassisch-islamischen Verständnis sind ihr Eigentum und Leben gegen Zahlung der Kopfsteuer geschützt. Und tatsächlich wollte Khomeini die Kopfsteuer in Iran etablieren, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Die *dhimmīs* verfügen über eingeschränkte Rechte und müssen sich dem herrschenden islamischen Gesetz unterordnen.

Der iranische Kleriker Hojatoleslam Mohsen Kadivar schreibt: »Wenn jemand eine Garantie für sein Leben, seinen Besitz, seine Ehre und seinen Ruhm haben will, muss er Muslim werden.«^[8] Anders als es die universellen Menschenrechte vorsehen, kommen im »historischen Islam«, den Kadivar als traditionellen Islam bezeichnet, die Menschen nicht mit gleichen Rechten auf die Welt, sondern ihr Rechtsstatus hängt davon ab, welcher Religion sie angehören. Es muss hinzugefügt werden, dass dieser traditionelle Islam im heutigen Iran gesetzlich und mittels diktatorischer Gewalt verankert ist. Mohsen Kadivar erklärt weiter das Verhältnis von Muslimen zu Nicht-Muslimen: Die Christen, Juden und Zoroastrier sind als

dhimmī («Schutzbefohlene») zwar anerkannte religiöse Minderheiten, gelten aber dennoch als *kafar* und *najis*, »Ungläubige« und »Schmutzige«. Ein Blick in das iranische Zivilrecht ist erhellend. Laut Artikel 881 darf ein *kafar*, ein Ungläubiger, keine Erbschaft von einem Muslim erhalten.^[9] Umgekehrt darf jedoch ein Muslim sehr wohl von einem Ungläubigen erben. Es gilt das Herrschaftsprinzip, der Superioritätsanspruch des Muslims gegenüber Nicht-Muslimen.

Außerdem merkt Kadivar an, dass ein Muslim nicht zu einer Todesstrafe verurteilt wird, wenn er einen Nicht-Muslim tötet. Umgekehrt gilt aber das Gesetz des »Qessas« (arab.: *qisās*)^[10], die Todesstrafe für Mord, wenn ein Muslim von einem Nicht-Muslim getötet wird. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Erhebung des »Blutgelds«. *Diyeh*, das »Blutgeld«, ist eine Form der finanziellen Kompensation für ein Todesurteil. Kadivar zufolge ist das Blut eines Muslims 12 000 Drahmen wert, das eines männlichen *dhimmī* lediglich 800 Drahmen. Das Blut eines *kafar*, der nicht einer anerkannten Religion angehört, beispielsweise eines Bahai, hat überhaupt keinen Wert.^[11]

Im September 2008 wurde im Falle eines Verkehrsunfalls erstmals die Höhe des Blutgelds für eine Frau und für einen Mann gleichgesetzt. Für eine nicht-muslimische Frau trifft allerdings diese Angleichung nicht zu. Die Kritik wuchs in den letzten Jahren, weil immer häufiger Fälle auftraten, in denen der Verkehrssünder für eine Kuh, die er überfahren hatte, mehr zahlen musste als für eine Frau. Es ist bekannt, dass im Islam das Blutgeld, ein vom Täter oder seiner Familie aufzubringender finanzieller Ausgleich für den Tod oder den Schaden eines Opfers, für Frauen und Männer unterschiedlich hoch ausfällt. Nun soll lediglich bei Straßenverkehrsunfällen das Blutgeld einer Frau mit dem eines Mannes gleichgestellt werden.^[12]

Khomeini zufolge ist die Hierarchie der Strafe bei Mord eindeutig. Wenn ein Nicht-Muslim einen Muslim tötet, wird

er auf jeden Fall getötet; umgekehrt ist kein Zwang vorgegeben, den muslimischen Mörder hinzurichten. Auch das Blutgeld eines Nicht-Muslims wird infolgedessen nicht definiert. Laut dem islamischen Recht ist das Blut eines nicht muslimischen Mannes halb so viel wert wie das eines Muslims, und das Blut einer nicht-muslimischen Frau ist halb so viel wert wie das eines Mannes ihrer Religion. Das Leben von zum Christentum Konvertierten und von Bahai hat nach herrschendem islamischem Gesetz keinen Wert. In verschiedenen Fällen sind Bahai bei Verkehrsunfällen getötet worden, und das Gericht hat die Schuld des Fahrers anerkannt; dennoch musste der muslimische Fahrer lediglich ein geringes Bußgeld an den Staat zahlen.

Laut Artikel 1059 des iranischen Zivilrechts darf eine Muslimin einen Nicht-Muslim nicht heiraten.^[13] Dagegen dürfen Muslime nicht-muslimische Frauen heiraten und auch Zeitehen mit Jüdinnen und Christen eingehen.^[14] Erhellend ist auch ein Gesetz, das am 28.9.1966, also noch unter dem Schah, neu formuliert worden ist und als Zivilgesetz bis heute seine Gültigkeit behalten hat, nachzulesen in dem Familiengesetzbuch aus dem Jahr 2000. In dem Kapitel »Ehe iranischer Frauen mit fremden nicht-iranischen Bürgern« heißt es nach Artikel 2.3: »In dem Fall, dass der Mann nicht Muslim und die Frau Muslimin ist, muss der Mann bezeugen, dass er dem Islam beigetreten ist«, um heiraten zu dürfen.^[15] Ayatollah Sistani, der im Irak lebt, aber in Iran sehr anerkannt ist, empfiehlt, dass muslimische Männer keine Dauerehen mit nicht-muslimischen Frauen eingehen sollten.

Christenverfolgung in der Islamischen Republik Iran

Die ersten Angriffe gegen Christen im postrevolutionären Iran richteten sich gegen nicht-ethnische Christen, also gegen

die Anglican Episcopal Church. Schon am 19.2.1979 wurde der Pfarrer dieser Kirche in Schiras in seinem Büro kaltblütig ermordet. 1979 wurden auch die Krankenhäuser dieser Gemeinde konfisziert. Das Haus des Bischofs Dehqani Tafti und die Büros der Diözesen wurden geplündert, und nur knapp konnte Bischof Tafti einem Anschlag entkommen. In diesen Jahren wurde das Eigentum von verschiedenen Kirchen konfisziert. Speziell die *Anjomane Tablighate Islami* (»Organisation der Islamischen Propaganda«), die später eine quasi staatliche Institution wurde, organisierte zu Beginn der Revolution die Hasspropaganda gegen die anglikanische Kirche. Christliche Krankenhäuser wurden geschlossen, weil sie in einem Fall beispielsweise seit über zwanzig Jahren Milch von jüdischen Bauern kauften. 1980 wurde der Sohn des Bischofs Tafti ermordet. Im nachrevolutionären Iran wurde eine unbekannte Zahl von Aktivisten kirchlicher Bewegungen verhaftet.

In den 1980er Jahren wurden die protestantischen Kirchen mehr als die katholischen von den Islamisten unterdrückt. Der Grund war einfach: Die Protestanten versuchten zu bekehren. Bis heute leben sie gefährlich: Mitte der 1980er Jahre wurde Mehdi Dibaj verhaftet. Er war in seiner Jugend zum Christentum übergetreten und hatte Kontakte zu der presbyterianischen und der anglikanischen Kirche und der Assembly of God. Zehn Jahre lang wurde Dibaj ohne ein Urteil festgehalten und 1993 wegen Apostasie zum Tode verurteilt. Die UNO, westliche Regierungen und der Vatikan setzten sich für ihn ein. Dibaj wurde zunächst freigelassen, doch die gezielten Tötungen gingen weiter. Nur wenige Tage nach der Entlassung Dibajs verschwand der iranische Bischof Haik Hovsepian-Mehr, einige Tage später wurde sein zerstückelter Körper gefunden. Dibaj und ein weiterer Geistlicher, Reverend Tateos Mikaelian, wurden entführt und heimtückisch getötet. Bischof Haik Hovsepian-Mehr und Mikaelian waren armenische Protestanten.

Proteste führten dazu, dass wegen des Mordes an Mikaelian ein Gerichtsprozess initiiert wurde. Es hieß, die Mujahedin hätten ihn ermordet, was diese von sich wiesen. Die Beschuldigten wurden sehr mild behandelt; noch nicht einmal die Polizeiberichte fanden Berücksichtigung.

In den 1990er Jahren verschlechterte sich die Lage der Christen zusehends. Immer wieder wurden Pfarrer verhaftet, gefoltert und getötet. 1996 durften nur zwei Kirchen, eine in Rasht und eine in Teheran, auf Persisch predigen. Die anderen Kirchen mussten auf Armenisch oder Assyrisch ausweichen, denn man hatte Angst, die Predigten könnten auf Interesse bei iranischen Muslimen stoßen.

Die Welt schaute auf Iran; weswegen die Islamisten zu geheimen Strategien wechselten, führende Pfarrer entführten und exekutierten, ohne Verhaftung oder Gerichtsurteil. Die Mechanismen des Zusammenwirkens des islamistischen Mobs, der Pasdaran (Revolutionsgarde) und des Staats sind einfach zu durchleuchten: Das Regime kann stets behaupten, die religiösen Fanatiker nicht unter Kontrolle zu haben. Gleichzeitig hetzen staatliche Medien gegen religiöse Minderheiten. Unter dem Strich diszipliniert die totalitäre Diktatur die Minderheiten und zwingt sie mit Gewalt und Einschüchterung zum Gehorsam. Die totalitäre antiisraelische, antizionistische, anti-imperialistische, antiwestliche, antidemokratische und fremdenfeindliche Ideologie der Islamischen Republik bildet den Nährboden für Verschwörungstheorien. Stets werden Andersgläubige als potentielle Feinde des Systems identifiziert.

Dennoch wächst das iranische Christentum durch eine neue Hauskirchen-Bewegung, die trotz aller Probleme neue Anhänger bekommt. In privaten Häusern werden Kirchen eingerichtet, in denen sich Christen versammeln. Viele Jugendliche fühlen sich von dieser neuen religiösen Bewegung angezogen, die von den Medien stark angegriffen wird. In den häuslichen

Kirchen bekommen neu eingemeindete Christen Zugang zu Internet-Weblogs und christlichem Satellitenfernsehen.

Missionare haben es jedoch in Iran nicht einfach. Beispielsweise darf die Bibel nicht eingeführt und nur nach staatlicher Kontrolle durch das Ministerium für Islamische Führung gedruckt werden. Insbesondere die nicht-ethnischen konvertierten Christen werden als Agenten des Westens bezeichnet.

Pfarrer Sepehri von der Iranian Presbyterian Church, mit dem ich in Berlin sprach, sagte mir im Oktober 2008: »In Anbetracht des täglichen Anwachsens der Zahl der neuen christlichen Gläubigen in Iran gibt es die Hoffnung, dass in Zukunft die iranischen Kirchen durch diese neuen Gläubigen verwaltet werden. Diese neuen Gläubigen sind die Frucht der Aktivitäten der neuen Hauskirchen. Die Zukunft der iranischen Kirche wird durch diese neue christliche Bewegung, die als missionarische Bewegung tief in der iranischen Geschichte des Christentums verwurzelt ist, geprägt werden.«

Neue Verfolgungswelle

Nach islamischem Gesetz darf ein Muslim einen Apostaten nicht tolerieren. Die Scharia verlangt von einem Konvertiten die Reue und die Rückkehr zum Islam; sonst ist die Todesstrafe für den Konvertiten vorgeschrieben. Ausdrücklich hat Ahmadinejad das »Ende einer Expansion des Christentums in Iran« verlangt.^[16] Eliz Sanasarian und Avi Davidi heben hervor, dass in den letzten Jahren die iranischen Evangelikalen unter besonderer staatlicher Beobachtung stehen. Seit der Regierungsübernahme von Präsident Ahmadinejad wurden einige ihrer Kirchen geschlossen, zudem wurden einige Christen aus ihren Reihen verhaftet. Die Christen müssen ihre kirchlichen Identitätskarten immer bei sich tragen, besonders wenn sie ihre Kirche besuchen wollen. Die kirchlichen

Institutionen wiederum sind verpflichtet, dem Ministerium für Islamische Führung die Namen eines jeden neuen Mitglieds bekannt zu geben. Zwar waren Belästigungen, Entführungen und willkürliche Verhaftungen von iranischen Christen auch schon vor der Regierungszeit von Ahmadinejad üblich gewesen; die Gewaltakte haben sich jedoch seit seiner Regierungsübernahme intensiviert.

Tatsächlich kann der wachsende Druck auf die iranischen Christen auch mit dem wachsenden Interesse der Muslime für das Christentum erklärt werden. Weil nicht offen über sie berichtet werden darf, liegen keine genauen Angaben über diese Bewegung von neuen Christen vor. Die Los Angeles Times zitierte jedoch einen iranischen Pfarrer, der von rund 50 000 Ex-Muslimen sprach, die zum Christentum übergetreten seien.^[17]

Zwei ihrer Mitglieder, Mahmoud Matin-Azad und Arash Bassirat, wurden am 21. August 2008 verhaftet. Nach internationalen Protesten und einem umstrittenen Gerichtsverfahren wurden sie am 25. September 2008 wieder freigelassen. Ihnen war Apostasie vorgeworfen worden, weil sie zum Christentum übergetreten sind. Auch Ramtin Sudmand wurde am 21. August 2008 verhaftet, jedoch am 22. Oktober wieder entlassen, nach Zahlung einer Kaution von zwanzig Millionen Tuman, rund 15 800 Euro.^[18] Er ist der Sohn des iranischen Pfarrers Hussein Sudmand, der im Dezember 1990 im Gefängnis in Mashhad erhängt worden war, weil er sich weigerte, wieder Muslim zu werden. Seine Familie hatte am 3.12.1990 die Nachricht von seiner Hinrichtung erhalten. Er wird jetzt als christlicher Märtyrer gefeiert.^[19] Am 18.10.2008 wurden sechs Christen in ihren Hauskirchen in Mashhad verhaftet. Eine solche Staatspolitik soll Angst und Schrecken besonders unter heimlich lebenden neuen Christen verbreiten.

Eine Neuauflage der islamischen Strafgesetzgebung ist im iranischen »Parlament« in der ersten Runde mit einer absoluten Mehrheit ratifiziert worden. Abtrünnige sollen hingerichtet werden dürfen. Das Leben von Hunderttausenden ist in Gefahr. Wie die staatliche iranische Nachrichtenagentur IRNA am 9.9.2008 berichtete, wurde im islamischen »Parlament« über das Strafgesetz, das 428 Artikel beinhaltet, abgestimmt: 196 Mitglieder stimmten mit Ja, sieben mit Nein, und zwei Personen enthielten sich der Stimme.^[20] Am 18.11.2008 wurde abgestimmt, dass die Verabschiedung des gesamten neuen Strafgesetzes erst in einem Jahr erfolge, da noch einige Untersuchungen ausstünden.^[21]

Zwar sollen einzelne Formulierungen und Detailfragen in einer weiteren Runde diskutiert und womöglich verändert werden, aber die Maßnahmen gegen Andersdenkende und Andersgläubige werden kaum revidiert werden können. Darüber herrscht Einigkeit. Tatsächlich wird nach der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes eine Änderung im Rahmen der Islamischen Republik Iran nicht so bald möglich sein. Schon nach der gegenwärtigen Strafgesetzgebung dürfen Körperamputationen, Peitschenhiebe, Folter und Hinrichtung als vermeintlicher göttlicher Wille durchgesetzt werden. Die ratifizierte Fassung ist sogar verschärft worden. Abtrünnige sollen noch nicht einmal mehr die Möglichkeit bekommen, abzuschwören und zum Islam zurückzukehren. Von der Idee, dass »im Glauben kein Zwang« bestehe, wie es im heiligen Buch der Muslime steht (Sure 2, 269), kann in Iran ohnehin seit dreißig Jahren nicht die Rede sein.

Das ratifizierte islamische Strafgesetz gefährdet das Leben von Hunderttausenden Iranern, Christen oder Bahai mit einem muslimischer Vergangenheit. Für Abtrünnige ist die Todesstrafe vorgesehen. In Artikel 225.1 heißt es, wenn ein Muslim

ausdrücklich bekannt gibt, den Islam verlassen zu haben, ist er ein Abtrünniger. Ein »geborener« Abtrünniger ist jemand, dessen Mutter oder Vater zum Zeitpunkt der Embryonalbildung Muslim war. Wenn diese Person nun als erwachsener Muslim den Islam verlässt, wird er nach Artikel 225.4 »geborener« Abtrünniger genannt. Nach 225.7 ist für den »geborenen« Abtrünnigen die Todesstrafe vorgesehen. Ein »nationaler Abtrünniger« ist ein Mensch, dessen Eltern bei seiner Embryonalbildung keine Muslime waren, der als Erwachsener eine Zeitlang als Muslim auftritt, dann aber vom islamischen Glauben abschwört.^[22]

Es kann festgehalten werden, dass das Gesetz der Apostasie zwar schon immer im Islam existiert hat, aber zum ersten Mal soll dieses Gesetz systematisch als konsequent auszuführendes staatliches Gesetz durchgesetzt werden.

Ayatollah Tehrani erklärte am 26. Juli 2008 auf seiner Website, wer als *kafar*, als Ungläubiger, und wer als Abtrünniger einzustufen sei. Wenn ein Muslim dem widerspreche, dass die Verschleierung der Frauen eine notwendige Pflicht ist, gilt er als Ungläubiger und damit als Abtrünniger. Auch wenn sich jemand über die Religion lustig mache, könne er als Abtrünniger verurteilt werden. Hinrichtungen dürfen nach Artikel 224 der obengenannten neuen, noch nicht in Kraft getretenen Strafgesetzgebung z. B. wegen Prophetenbeleidigung vollzogen werden. Ein deutliches Beispiel sei das Todesurteil von Imam Khomeini gegen Salman Rushdie. Er habe nicht direkt den Islam verleugnet, habe aber den Propheten beleidigt.^[23]

Ein gravierendes Problem sticht besonders ins Auge: Auch wenn das Verständnis von Strafe innerhalb der christlichen, jüdischen, zoroastrischen oder der Bahai-Gemeinde davon abweicht, auch wenn der Maßstab des politischen Minimalfriedens in »einer Welt« die universellen Menschenrechte sind, werden *dhimmis* und die absolut Rechtlosen, die Bahai, in Iran

nach dem diskriminierenden islamischen Recht behandelt; denn sie bleiben gesellschaftliche Subjekte in der *Dar al-Islam*, im Haus des Islam, wo das islamische Recht herrscht.

Ayatollah Morteza Motahari war ein Lehrer von Ex-Präsident Khatami. Motahari sagte, dass die Idee, alle göttlichen Religionen seien gleich, falsch sei. Er erklärte, wenn man sich Gott unterordne, müsse man »seinem letzten Befehl« gehorchen, und das letzte Gesetz sei dem Propheten Mohammad geoffenbart worden. [24]

Quintessenz

Wie gezeigt worden ist, finden die systematische Ungleichbehandlung sowie die Verfolgung von neuen Christen auf der Grundlage eines religiösen Vorurteils und Selbstüberhöhung des »Muslims« in der islamistischen Diktatur statt.

Die Dominanz-, Herrschafts-, und Machtfrage im Islam ist heute das Hauptproblem der iranischen Gesellschaft. Im evolutionären Prozess der Entwicklung der Bedürfnisse einer Gesellschaft wird ein staatlicher Monopolanspruch auf den Islam im 21. Jahrhundert zu einem Problem des neuen Totalitarismus, der hier aus der Perspektive der christlichen Minderheiten behandelt worden ist.

Als Ergebnis der obigen Analyse kann festgehalten werden, dass die Situation religiöser Minderheiten im heutigen Iran sich nur durch die staatliche Politisierung der Religion im Sinne einer fundamentalistischen Interpretation der für die heutigen Verhältnisse anachronistischen islamischen Gesetzgebung verstehen lässt. Der Status von *dhimmīs* benachteiligt die religiösen Minderheiten und führt zu einer strukturellen Ungleichbehandlung von iranischen Bürgern. Im neuen Totalitarismus hat sich der Staatsklerus einen höheren Status

über die Andersgläubigen, aber auch über die andersdenkenden Muslime gegeben. Den Bahai wird der (Nicht-)Status der Rechtslosen in der ideologischen Diktatur zuteil.

Die Selbstüberhöhung des Muslims wird durch die Vorstellung verstärkt, dass Mohammad der letzte Offenbarer Gottes sei, der für alle Zeiten ein Gesetz geschaffen habe, wonach sich alle Menschen zu richten haben. Mit dieser Vorstellung wird in Iran die Islamisierungspolitik der Gesellschaft legitimiert, als Fernziel wird die Islamisierung der Welt anvisiert, auch wenn diese staatliche Doktrin nach dreißig Jahren als gescheitert erklärt werden muss. Dennoch versuchen die iranischen Machthaber, die fundamentalistische Interpretation einer nicht mehr zeitgemäßen Gesetzgebung als ewig gültiges Staatsgesetz mit totalitärer Gewalt durchzusetzen. Die Ungleichbehandlung der Iraner, der frommen Khomeinisten und Mitläufer auf der einen Seite und der säkularen Muslime und Nicht-Muslime auf der anderen, bleibt daher systemimmanent.

Säkulare Muslime, Frauen und die Jugend werden in der patriarchalischen Hierarchie der Macht untergeordnet, ausgeschlossen, ins Exil gejagt oder eliminiert. Im Namen der »gesellschaftlichen Sicherheit« unternimmt die Diktatur im November 2008 alle Versuche, mit Hilfe der regulären Sicherheitskräfte, aber auch mit Hilfe der paramilitärischen Bassiji-Gruppen Ruhe und Ordnung in der Gesellschaft herzustellen.

Kein Geringerer als Präsident Ahmadinejad hat im iranischen Fernsehen in Hinblick auf Frauen, die sich »unislamisch« kleiden, gesagt: »Solche Personen müssen mit der Wurzel ausgerottet werden.« Das islamistische Regime will nicht nur islamisieren und den Andersgläubigen beherrschen, sondern schon die säkulare Frau, die Ungläubige soll »entwurzelt« werden.

Konsequent setzt Ahmadinejad die khomeinistischen Ziele der islamischen Revolution um. Eine Reformierung des Staates

verlangt die Änderung der staatlichen Verfassung und der Strafgesetzgebung. Wer aber stellt die Weichen für grundsätzliche Veränderungen? Das Zauberwort heißt Menschenrechte. Eine Anpassung der iranischen Realität an die universellen Menschenrechte benötigt einen Abschied vom islamischen Recht. Für die religiösen Minderheiten würden Bürgerrechte eines säkularen Staates eine Gleichbehandlung mit sich bringen. Nur dann ist eine Demokratisierung Irans in Sicht. Die Frage ist daher, ob der Staatsklerus in Zukunft bereit sein wird, eine Trennung von Staat und Religion nachzuholen und in die Moschee zurückzukehren. Genau eine solche Forderung stellen immer mehr Muslime, die eine Reformierung des Islam und den Beginn eines Demokratisierungsprozesses in Iran jenseits der totalitären Diktatur^[25] ersehnen.

- [1] <http://www.president.ir/en/?ArtID=12437>.
- [2] Vgl. Alessandro Bausani: Die Perser. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Tübingen 1967, S. 42.
- [3] International Religious Freedom Report 2007, <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2007/90210.htm>.
- [4] Eliz Sanasarian u. Avi Davidi: »Domestic tribulations and international repressions: The state and the transformation of non-Muslims in Iran«, in: Journal of International Affairs, Volume 60, Frühling/Sommer 2007, S. 66.
- [5] Library of Congress – Federal Research Division Country Profile: Iran, May 2008, <http://lcweb2.loc.gov/frd/cs/profiles/Iran.pdf>.
- [6] Eliz Sanasarian: Religious Minorities in Iran, Cambridge 2000, S. 44.
- [7] Großayatollah Montazeri und Ayatollah Khomeini sind sich bei der Beantwortung der Frage, wer ungläubig sei, einig. Großayatollah Montazeri definiert *kafar* unter Punkt 79 in seinem Werk über die »Erklärung der Probleme«, das auch im Internet zu lesen ist: »Wer Gott ablehnt, oder die Einzigartigkeit Gottes nicht anerkennt oder nicht an den Propheten Mohammad glaubt, oder nicht an das Ende der Welt glaubt, ist ein *kafar*, ein Ungläubiger, und ist daher schmutzig.« Montazeri schränkt unter Punkt 81 jedoch etwas ein: »Wenn Angehörige von Buchreligionen, wie Juden und Christen keine schmutzigen Sachen (*najis*), wie Alkohol, Schweinefleisch zu sich nehmen, sind sie wahrscheinlich sauber.« Siehe: <http://www.amontazeri.com/farsi/resaleh/html/.%5Chtml%5C0029.htm>. Ayatollah Khomeini schrieb über den *kafar*, den Ungläubigen, in Resaleyeh Tosihe Masael, (»Das Buch der Erklärung der Probleme«) auf S. 41f: Problemlösung 106: »Ein

- Ungläubiger ist, wer Gott ablehnt, oder die Einzigartigkeit Gottes infrage stellt, der ablehnt, dass Mohammad der letzte Prophet Gottes ist. Er gilt als schmutzig, *najis*.« Khomeini zählt zu den »Schmutzigen« auch diejenigen, die religiöse Pflichten wie Gebet und Fasten ablehnen.
- [8] Er spricht sich für eine Reformierung des islamischen Gesetzes aus: Mohsen Kadivar: »Hoquq Bashar wa roshanfekri dini« (»Menschenrechte und religiöser Intellektualismus«), Juli 2003, in: Aftab (persischsprachige Zeitschrift), <http://kadivar.com/Data/Remote/o/Data/Resources/Medias/820401-01.pdf>, S. 55.
- [9] Jahangir Manur (Hg.): Qanune Madani (»Zivilrecht«), Teheran 2000, S. 144.
- [10] Vgl. zu den Rechtsbegriffen Adel El Baradie: Gottes-Recht und Menschen-Recht. Grundlagenprobleme der islamischen Strafrechtslehre (Rechtsvergleichende Untersuchungen zur gesamten Strafrechtswissenschaft 3. Folge/14), Baden-Baden 1983.
- [11] Die Bahai werden aus religiösen Gründen verfolgt: Sie glauben an Baha' u'llah als Gesandten Gottes. Die Bahai gehen vom Prinzip der fortschreitenden Gottesoffenbarungen aus. Sie glauben, dass Religionen wie Hinduismus, Buddhismus, die zarathustrische Religion, das Judentum sowie das Christentum und der Islam im adamitischen Zyklus wichtige Impulse für die evolutionäre Entwicklung der menschlichen Gesellschaften gegeben haben. Die iranische Regierung hat die Bahai-Administration verboten. Den Bahai ist der Zugang zu staatlichen Ämtern verwehrt. Ärzte, Apotheker, Professoren oder Lehrer, die der Religionsgemeinschaft angehören, dürfen seit 1979 ihrem Beruf nicht mehr nachgehen. Aus den iranischen Universitäten werden Studenten, die sich zum Bahai-Glauben bekennen, ausgeschlossen. Sogar Bahai-Kinder werden in Schulen unter Druck gesetzt. Immer wieder werden Bahai unwillkürlich verhaftet, um Angst und Schrecken in der Gemeinde zu verbreiten. Siehe auch: <http://news.bahai.org/human-rights/iran/iran-update.html>, oder <http://www.bahai.de/presse/iran/>.
- [12] Donye-e-eqtasad, 10.9.2008.
- [13] J. Mansur (Hg.): Qanune Madani (»Zivilrecht«), Teheran 2000, S. 183.
- [14] <http://www.salamatnews.com/ViewNews.aspx?ID=4214&cat=6>, 2.6.2007.
- [15] Jahangir Mansur (Hg.): Qawanin wa moqararate marbut be khanewade (»Gesetze und Vorschriften, die sich auf die Familie beziehen«), Teheran 2000, S. 104.
- [16] E. Sanasarian u. A. Davidi: »Domestic tribulations and international repercussions: The state and the transformation of non-Muslims in Iran«, in: Journal of International Affairs, Volume 60, Frühling/Sommer 2007, S. 59.
- [17] David Treitfeld et.al.: »Former Muslims Reach Out«, in: Los Angeles Times, 27.3.2006, <http://articles.latimes.com/2006/mar/27/local/me-convert27>.
- [18] FCCN / Farsi Christian News Network, 21.10.2008, http://www.fcnn.com//index.php?option=com_content&task=view&id=1895&Itemid=51.
- [19] FCNN.com 3.12.2006, http://www.fcnn.tv/start/index.php?option=com_content&task=view&id=3888&Itemid=5.
- [20] IRNA, 9.9.2008, <http://www4.irna.ir/View/FullStory/?NewsId=154859>.

- [21] <http://news.parliran.ir/News/Social/2008/11/41595/Default.aspx>,
18.11.2008.
- [22] Gesetzesvorlage auf Persisch, Siehe: http://www.dadkhahi.net/law/Ghavanin/Ghavanin_Jazae/layeh_gh_mojazat_eslami.htm.
- [23] <http://www.masomi.org/ftopict-76.html>.
- [24] Zitiert nach: Eliz Sanasarian: Religious Minorities in Iran, Cambridge 2000,
S. 27.
- [25] Vgl. Wahied Wahdat-Hagh: »Die Herrschaft des politischen Islam im Iran. Ein Überblick zu Struktur und Ideologie der khomeinistischen Diktatur«, in: Stephan Grigat/ Simone Hartmann (Hgg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer, Innsbruck 2008, S. 39–57.